



Wir lassen uns nicht unterkriegen! NRO-Aktion zum Abschluss der Konferenz in Addis Abeba

Foto: Christian Freymeyer, Financial Transparency Coalition

prozesse. Zwar ist unstrittig, dass private ausländische Investitionen eine Rolle bei wirtschaftlichen Entwicklungen im globalen Süden spielen. Wenn für ihre Mobilisierung jedoch öffentliche Mittel der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden, dann müssen sorgfältige Vorab-Prüfungen stattfinden, ob die Investitionen tatsächlich z.B. armutsreduzierende Wirkung haben. Solche Instrumente kamen in Addis Abeba nur am Rande zur Sprache. Vielmehr wurden in Dutzenden Veranstaltungen verschiedene Initiativen vereinbart, die auf die Mobilisierung zusätzlicher privater und öffentlich-privater Mittel abzielen.

Verbunden mit der Bewertung von Investitionen ist auch die Frage nach der Verbindlichkeit von Standards der Unternehmensverantwortung. Kann die Achtung der Menschenrechte wirklich auf Freiwilligkeit beruhen, wie das Ergebnis von Addis Abeba andeutet? Wir brauchen verbindliche Standards für Unternehmen und öffentlich-private Partnerschaften, um die Achtung der Menschenrechte durch transnationale Unternehmen sicherzustellen. Auch die Bundesregierung muss sich endlich an den Diskussionen um ein rechtsverbindliches UN-Abkommen beteiligen.

Ob die Konferenz von Addis Abeba ein gelungener Start ins Gipfeljahr 2015 war, wird sich erst entscheiden lassen, wenn die Ergebnisse von New York und Paris vorliegen. Das allgemein niedrige Ambitionsniveau der „Addis Ababa Action Agenda“ lässt allerdings keine überbordenden Hoffnungen aufkommen. Ermutigend ist, dass die internationale Zivilgesellschaft so gut zusammengearbeitet hat und so geschlossen aufgetreten ist wie selten. Wenn wir jetzt nicht locker lassen, ist der Prozess mit Addis Abeba nicht zu Ende gegangen, sondern hat hier erst begonnen.

→ Weitere Informationen zur Reaktion der Zivilgesellschaft auf Addis Abeba unter <https://csoforffd.wordpress.com/>



Wolfgang Obenland ist Programmkoordinator des Global Policy Forums in Bonn und unter anderem zuständig für Finanz- und Steuerpolitik.

## Schwieriger Start ins Gipfeljahr 2015?

Zivilgesellschaft kritisiert Ergebnisse der

### 3. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung

Von Wolfgang Obenland

Am 16. Juli 2015 ist in Addis Abeba das Abschlussdokument der 3. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung verabschiedet worden. Die „Addis Ababa Action Agenda“ sollte Maßnahmen und strukturelle Voraussetzungen auf den Weg bringen, um die Finanzierung der später im Jahr zu verabschiedenden Klima- und Nachhaltigkeits-Agenden sicherzustellen. Auf dem Programm standen zahlreiche Themenfelder, von der Mobilisierung heimischer Ressourcen über die stärkere Einbindung privater Investitionen bis hin zu Fragen des globalen Finanzsystems, des Welthandels und des Austauschs von Technologien. Trotz der Bedeutung dieser Themen war klar, dass man sich bei den Ergebnissen mit wenig Konkretem begnügen musste – wie schon bei den Vorgängerkonferenzen von Monterrey (2002) und Doha (2008).

Aus Sicht zivilgesellschaftlicher Organisationen ist das Ergebnis der Konferenz enttäuschend. Weder im Steuerbereich noch in den Themengebieten Verschuldung, Reform der globalen Finanzarchitektur oder Unternehmensregulierung kam es zu maßgeblichen Ergebnissen. Im Gegenteil scheint sich nach Addis Abeba der Trend fortzusetzen, dass die Regierungen sich bei der Umsetzung der Entwicklungsfinanzierungs- und Nachhaltigkeitsagenden zunehmend aus der Verantwortung stehlen.

Kleine Lichtblicke gibt es im beschlossenen Umsetzungsprozess: Künftig werden die Staaten in einem Forum für Entwicklungsfinanzierung jährlich über die Fortschritte beraten. Das lässt immerhin Raum für weitere politische Entscheidungen über Systemreformen.

### Keine UN-Kommission zur Steuerkoordination

Fast gescheitert wären die Verhandlungen in Addis Abeba an Differenzen über den Vorschlag, eine zwischenstaatliche Kommission für die globale Kooperation in Steuerfragen zu schaffen. Die Kommission sollte vor allem dafür sorgen, dass Länder des globalen Südens an den politischen Prozessen zur Bekämpfung von Steuervermeidung und -hinterziehung gleichberechtigt beteiligt werden. Der Vorschlag wurde letztlich blockiert durch die Länder des globalen Nordens gegen den Willen der G77 (die Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer) und vieler Nichtregierungsorganisationen. Ohne eine UN-Kommission unter Beteiligung aller Staaten werden die Entwicklungsländer auch weiterhin nur am Katzentisch politischer Entscheidungen in der OECD sitzen. Das Problem ist aber, dass gerade sie die Leidtragenden sind und jährlich Milliarden Dollar durch Steuerflucht und Steuervermeidung verlieren. Mit dem Konferenzergebnis werden auch weiterhin mehr als die Hälfte aller Staaten von Entscheidungen über globale Steuerstandards ausgeschlossen bleiben.

### Keine Verbindlichkeit bei Unternehmensverantwortung

Ein in globalen Diskussionen anhaltender Trend, der sich in der Abschlusserklärung manifestiert, ist die Verklärung privater Investitionsflüsse und öffentlich-privater Partnerschaften als Allheilmittel für nachhaltige Entwicklungs-